Typoskript-Edition Hieronymus

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALWISSENSCHAFTEN
BAND 11

Alois Wippenbeck

EINKÜNFTEZURECHNUNG BEI
FAMILIENUNTERNEHMEN

B 43 362

Juristische Gesamtbibliothek
der Technischen Hochschule
Darmstadt

HIERONYMUS

INHALTSVERZEICHNIS

	<u>Seite</u>
Kapitel 1: Problemstellung und Themenabgrenzung	1
Abschnitt 1: Der Begriff Familienunternehmen	3
A. Fehlende gesetzliche Definition des Begriffes	3
I. Auslegung des Begriffes im Zivilrecht	3
II. Der Begriff Familienunternehmen im Steuerrecht	5
B. Erscheinungsformen von Familienunternehmen	9
I. Einzelunternehmen	10
II. Personengesellschaften	12
a) Allgemeines	12
b) Kommanditgesellschaft	15
III. Kapitalgesellschaften	18
a) Allgemeines	18
b) Gesellschaft mit beschränkter Haftung	21
IV. Mischformen	27
V. Sonderformen	28
Abschnitt 2: Das Problem der Einkünftezurechnung	29
A. Einkünftezurechnung dem Grunde nach	32
B. Einkünftezurechnung der Höhe nach	35
C. Verhältnis zwischen Einkünftezurechnung und Gewinnverteilung	36
Kapitel 2: Die zivilrechtliche Aufteilung der Erträge eines Familienunternehmens aufgrund schuldrechtlicher oder gesellschaftsrechtlicher Vereinbarungen zwischen Familienangehörigen	38
Abschnitt 1: Die zivilrechtliche Anerkennung von Vereinbarungen zwischen Familienangehörigen	39
A. Der Grundsatz der Vertragsfreiheit	40
B. Grenzen der Vertragsfreiheit	40
I. Generalklauseln des Bürgerlichen Gesetzbuches	41
II. Nicht abdingbare Bestimmungen des Vertragsrechtes	43

	<u>Seite</u>
C. Die Beachtung von Formvorschriften als zivilrechtliche Anerkennungsvoraussetzung	44
I. Grundsatz der Formfreiheit	45
II. Formbedürftigkeit von vertraglichen Vereinbarungen	
a) Schriftform von Verträgen	46
b) Notarielle Beurkundung von Verträgen	48
1. Beurkundungspflichtige Rechtsgeschäfte	48
1.1 Übertragung des gegenwärtigen Vermögens	48
1.2 Grundstücksübertragung	49
1.3 Gesellschaftsvertrag der GmbH	50
1.4 Übertragung von GmbH-Anteilen	51
1.5 Schenkungsversprechen im Zusammenhang mit einem Vertragsabschluß	52
2. Konsequenzen bei Nichtbeachtung der Beurkundungspflicht	56
3. Heilung des Formmangels durch tatsächlichen Vollzug der Schenkung	57
3.1 Schuldrechtliche Verträge	58
3.2 Gesellschaftsverträge bei der KG	59
3.3 Gesellschaftsverträge und Anteilsübertragungen bei der GmbH	62
c) Verbot des Selbstkontrahierens	63
1. Verbot des Selbstkontrahierens bei Inschlagäften geschäftsführender Gesellschafter	64
2. Rechtsgeschäfte des Unternehmers bzw. Gesellschafters mit eigenen minderjährigen Kindern	66
2.1 Bestellung eines Abschlußpflegers	68
2.11 Schuldrechtliche Verträge	69
2.12 Gesellschaftsrechtliche Vereinbarungen in der KG	74
2.13 Gesellschaftsrechtliche Vereinbarungen und Anteilsübertragungen bei der GmbH	77
2.2 Genehmigung des Rechtsgeschäftes durch das Vormundschaftsgericht	80
2.21 Schuldrechtliche Verträge	82
2.22 Gesellschaftsrechtliche Vereinbarungen in der KG	84

2.23 Gesellschaftsrechtliche Vereinbarungen und Anteilsübertragungen bei der GmbH	87
D. Zivilrechtliche Konsequenzen der nachträglichen Genehmigung zunächst unwirksamer Vereinbarungen	89
Abschnitt 2: Die Auswirkungen schuldrechtlicher und gesellschaftsrechtlicher Vereinbarungen zwischen Familienangehörigen auf die zivilrechtliche Aufteilung der Unternehmererträge	92
A. Auswirkungen im Rahmen der Gewinnermittlung	94
I. Tätigkeit für das Familienunternehmen	95
II. Darlehensgewährung an ein Familienunternehmen	100
III. Vergütungen für die Überlassung von Wirtschaftsgütern zur Nutzung in Familienunternehmen	103
B. Die zivilrechtliche Gewinnverteilung in Familienunternehmen	106
I. Vereinbarungen im Gesellschaftsvertrag als Grundlage der Gewinnverteilung	107
II. Zivilrechtliche Regelungen zur Gewinnverteilung in Gesellschaften	111
a) Subsidiäre Anwendung der gesetzlichen Bestimmungen	111
b) Die Gewinnverteilung in der KG	112
c) Die Gewinnverteilung bei der GmbH	116
Kapitel 3: Die Einkünftezurechnung bei Familienunternehmen	119
Abschnitt 1: Die Bedeutung der zivilrechtlichen Aufteilung der Erträge für die einkommensteuerliche Zurechnung von Einkünften	122
A. Der begriffliche Zusammenhang zwischen der Aufteilung der Erträge und der Einkünftezurechnung	122
I. Grundsatz der Maßgeblichkeit des Zivilrechtes für das Steuerrecht	123
II. Eigenständigkeit des Steuerrechtes gegenüber dem Zivilrecht?	125
III. Indizwirkung des Zivilrechtes für das Steuerrecht	128

B. Steuerliche Vorteile als Motivation für zivilrechtliche Vereinbarungen zwischen Familienangehörigen	129
I. Auswirkungen des Grundsatzes der Individualbesteuerung im deutschen Einkommensteuerrecht	131
a) Ausnutzung zusätzlicher Freibeträge durch die Verlagerung von Einkünften auf Familienangehörige	133
1. Einkünfteverlagerung auf den Ehegatten	133
2. Einkünfteverlagerung auf Kinder	135
b) Vorteile aufgrund der teilweise progressiven Ausgestaltung des Einkommensteuertarifes	137
II. Gewerbesteuerliche Vorteile durch Vereinbarungen mit Familienangehörigen	141
III. Auswirkungen von Vereinbarungen mit Familienangehörigen auf die Erbschaft- und Schenkungsteuer	145
C. Forderung der Finanzverwaltung und -rechtsprechung nach Angemessenheitsprüfung der bei fehlendem Interessengegensatz zustande gekommenen Vereinbarungen	148
I. Der Begriff der Angemessenheit	149
II. Die sog. Trennungstheorie	150
Abschnitt 2: Die Prüfung der Angemessenheit der Einkünftezurechnung bei Familienunternehmen	154
A. Rechtsgrundlagen der Angemessenheitsprüfung durch die Finanzverwaltung und -rechtsprechung	156
I. Der Mißbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten des Rechtes nach § 42 AO	157
II. Die wirtschaftliche Betrachtungsweise	161
III. Die Bedeutung des § 12 Nr. 2 EStG für die Angemessenheitsprüfung	165
a) Zurechnung betrieblicher Einkünfte	166
b) Einkünftezurechnung aufgrund schuldrechtlicher Vereinbarungen	170
IV. Verdeckte Gewinnausschüttungen bei der GmbH	174
a) Begriff der verdeckten Gewinnausschüttung	175
b) Anwendungsbereich	177
c) § 8 Abs. 3 KStG als Rechtsgrundlage zur Feststellung verdeckter Gewinnausschüttungen?	179

B. Die Beachtung zivilrechtlicher Formvorschriften als allgemeine Anerkennungsvoraussetzung	186
I. Ernsthaftigkeit der Vereinbarungen	187
a) Zivilrechtliche Wirksamkeit	188
b) Besonderheiten bei der unentgeltlichen Übertragung eines Gesellschaftsanteiles	191
c) Besonderheiten bei Vereinbarungen mit minderjährigen Kindern	191
1. Bestellung eines Abschlußpflegers	192
2. Einholung der Genehmigung des Vertrages durch das Vormundschaftsgericht	197
d) Die Behandlung von Vereinbarungen mit Rückwirkung	202
II. Klarheit und Eindeutigkeit	209
III. Tatsächlicher Vollzug der getroffenen Vereinbarungen	212
IV. Vergleich mit Gestaltungen zwischen untereinander fremden Personen	214
C. Die Bedeutung des § 41 AO in bezug auf Vereinbarungen zwischen Familienangehörigen	227
D. Die Angemessenheit der Einkünftezurechnung in Familienunternehmen	248
I. <u>Schuldrechtliche Verträge</u>	249
<u>a) <u>Arbeitsverträge</u></u>	250
*1. <u>Anerkennung dem Grunde nach</u>	251
1.1 Ehegatten-Arbeitsverträge	251
1.11 Grundsätze der Finanzverwaltung und -rechtsprechung	254
1.111 Anerkennung des Arbeitsverhältnisses	254
1.112 Anerkennung von Vereinbarungen zur Altersversorgung des Arbeitnehmer-Ehegatten	263
1.12 Konsequenzen bei Nichtanerkennung	271
1.2 Arbeitsverträge mit Kindern	273
1.21 Grundsätze der Finanzverwaltung und -rechtsprechung	273
1.22 Konsequenzen der Nichtanerkennung	276

1.3	Arbeitsverträge zwischen einer Kapitalgesellschaft und ihren Gesellschaftern	277
1.31	Steuerliche Anerkennung des Arbeitsvertrages des Gesellschafters-Geschäftsführers	278
1.32	Maßnahmen zur Zukunftssicherung des Gesellschafter-Geschäftsführers	280
1.33	Konsequenzen bei Nichtanerkennung	283
X ²	Die Zurechnung von Einkünften aus nicht-selbständiger Arbeit dem <u>Grunde</u> nach	285
2.1	Der Tatbestand der Einkünfteerzielung i. S. d. § 19 EStG als Zurechnungskriterium	285
2.11	Erfüllung formaler Voraussetzungen	288
2.12	Notwendigkeit der tatsächlichen Mitarbeit im Familienunternehmen	291
2.13	Die Bedeutung besonderer Vereinbarungen über die Zahlung des Arbeitsentgeltes	304
2.14	Nachweis des tatsächlich durchgeführten Arbeitsverhältnisses	317
2.2	Abzugsfähigkeit der Arbeitsentgelte als Betriebsausgaben im Familienunternehmen	319
2.21	Zum Begriff der Betriebsausgaben	319
2.22	Betriebsausgabenabzug bei Arbeitsverhältnissen mit nahestehenden Personen	324
X ³	Die Zurechnung von Einkünften aus nicht-selbständiger Arbeit der <u>Höhe</u> nach	332
3.1	Grundsätze der Finanzverwaltung und -rechtsprechung	332
3.11	Beschäftigung von Familienangehörigen	332
3.12	Bezüge des Gesellschafters-Geschäftsführers einer Familien-GmbH	340
3.2	Der Tatbestand der Einkünfteerzielung i. S. d. § 19 EStG als Zurechnungskriterium	345
3.3	Die betriebliche Veranlassung des Arbeitsentgeltes als Kriterium der Angemessenheitsprüfung der Höhe nach	349

<u>b) Darlehensverträge</u>	358
1. <u>Anerkennung dem Grunde nach</u>	358
1.1 Grundsätze der Finanzverwaltung und -rechtsprechung	359
1.2 Der Tatbestand der Einkünfteerzielung i. S. d. § 20 EStG als Zurechnungskri- terium	364
1.3 Abzugsfähigkeit von Betriebsausgaben dem Grunde nach bei Darlehensverhält- nissen	372
2. <u>Anerkennung der Höhe nach</u>	377
2.1 Grundsätze der Finanzverwaltung und -rechtsprechung	377
2.2 Der Tatbestand der Einkünfteerzielung i. S. d. § 20 EStG als Kriterium der Zurechnung von Einkünften in angemes- sener Höhe	384
2.3 Die betriebliche Veranlassung des Ent- geltens für die Kapitalüberlassung zur Nutzung als Kriterium der Angemessen- heitsprüfung der Höhe nach	386
<u>c) Miet- und Pachtverträge</u>	393
1. <u>Anerkennung dem Grunde nach</u>	393
1.1 Grundsätze der Finanzverwaltung und -rechtsprechung	394
1.2 Der Tatbestand der Einkünfteerzielung i. S. d. § 21 EStG als Zurechnungskri- terium	397
1.3 Abzugsfähigkeit der Nutzungsentgelte als Betriebsausgaben dem Grunde nach	401
2. <u>Anerkennung der Höhe nach</u>	404
2.1 Grundsätze der Finanzverwaltung und -rechtsprechung	404
2.2 Der Tatbestand der Einkünfteerzielung i. S. d. § 21 EStG als Kriterium der Einkünftezurechnung in angemessener Höhe	407
2.3 Die betriebliche Veranlassung des Nut- zungsentgeltes als Kriterium der Ange- messenhheitsprüfung der Höhe nach	409

<u>II. Einkünftezurechnung bei Mitunternehmer-</u> <u>schaften</u>	411
a) Anerkennung dem <u>Grunde</u> nach	412
1. Grundsätze der Finanzverwaltung und -rechtsprechung	413
1.1 Vorliegen einer Mitunternehmerschaft	415
1.11 Begriff des Mitunternehmers	416
1.12 Merkmale für das Vorliegen der Mit- unternehmereigenschaft	420
1.121 Mitunternehmerinitiative	422
1.1211 Beteiligung am Entscheidungs- prozeß	422
1.1212 Entnahmerecht	424
1.122 Mitunternehmerrisiko	427
1.1221 Kapitaleinlage	427
1.1222 Beteiligung am Gewinn und Verlust	430
1.2 Konsequenzen der Nichtanerkennung	433
2. Der Tatbestand der Einkünfteerzielung i. S. d. § 15 Abs. 1 Nr. 2 EStG als Kri- terium der Anerkennung dem Grunde nach	434
2.1 Die Bedeutung der zivilrechtlichen Wirksamkeit von Vereinbarungen für die Zurechnung von betrieblichen Einkünften dem Grunde nach	434
2.2 Voraussetzung der Mitunternehmereigen- schaft	437
2.3 Konsequenzen bei Nichtanerkennung der Mitunternehmereigenschaft	442
b) Anerkennung der <u>Höhe</u> nach	443
1. Grundsätze der Finanzverwaltung und -rechtsprechung	443
1.1 Angemessenheit der Vorwegvergütung	447
1.2 Angemessenheit der Verteilung des Rest- gewinnes	449
1.21 Gegenstand der Angemessenheitsprüfung	452
1.22 Maßgeblicher Zeitraum für die Beurtei- lung der Angemessenheit	453
1.23 Durchführung der Angemessenheitsprü- fung	456

	<u>Seite</u>
1.231 Ermittlung des tatsächlichen Wertes der Beteiligung	456
1.2311 Der Wert des ganzen Unternehmens	457
1.2312 Der tatsächliche Wert des Kommanditanteiles	459
1.232 Die Berechnung der Angemessenheitsgrenze	461
1.233 Die Korrektur der Gewinnverteilung	466
2. Der Tatbestand der Einkünfteerzielung i. S. d. § 15 Abs. 1 Nr. 2 EStG als Kriterium der Einkünftezurechnung <u>der Höhe nach</u>	467
2.1 Die Teilnahme am Marktgeschehen über das Medium Betrieb	468
2.11 Personale Zurechnung der aus der steuerbaren betrieblichen Tätigkeit resultierenden Einkünfte beim Einzelunternehmen	471
2.12 Personale Zurechnung der aus der steuerbaren betrieblichen Tätigkeit resultierenden Einkünfte bei Mitunternehmerschaften	472
2.2 Der Tatbestand der Einkünfteerzielung i. S. d. § 15 Abs. 1 Nr. 2 EStG als Kombination verschiedener Tatbestände	474
2.21 Die einheitliche Ermittlung der aus der steuerbaren betrieblichen Tätigkeit resultierenden Reinvermögensänderung	476
2.22 Die Zurechnung der einheitlich ermittelten Reinvermögensänderung auf die Mitunternehmer	478
2.221 Zurechnung von Vorwegvergütungen	479
2.2211 Tätigkeitsvergütungen	480
2.2212 Vergütungen für die Überlassung von Kapital zur Nutzung	482
2.2213 Vergütungen für die Überlassung von Nicht-Nominalgütern zur Nutzung	483
2.2214 Vergütungen für die Übernahme des Haftungsrisikos	484
2.2215 Vorwegvergütungen für andere besondere Beiträge einzelner Mitunternehmer?	487

	<u>Seite</u>
2.222 Zurechnung des verbleibenden Rest- gewinnes bzw. -verlustes	490
III. Einkünftezurechnung bei der Familien-GmbH	494
a) Anerkennung dem Grunde nach	495
1. Grundsätze der Finanzverwaltung und -rechtsprechung	495
2. Der Tatbestand der Einkünfteerzielung i. S. d. § 20 Abs. 1 Nr. 1 EStG als Kri- terium der Anerkennung dem Grunde nach	497
b) Anerkennung der Höhe nach	499
1. Grundsätze der Finanzverwaltung und -rechtsprechung	499
2. Der Tatbestand der Einkünfteerzielung i. S. d. § 20 Abs. 1 Nr. 1 EStG als Kri- terium der Anerkennung der Höhe nach	501